



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Beschäftigung
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel
Wiesbaden, 11.03.2015

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
am Mittwoch, 18. März 2015, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen am 04.02.2015 und am 12.02.2015
2. **15-F-33-0022**

Auswirkungen des Mindestlohns
-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 10. März 2015-

Die Große Koalition hat zum 1. Januar 2015 einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt. Über die Auswirkungen wird bundesweit diskutiert. Als Folge davon wurden die Bestimmungen mittlerweile mehrfach angepasst.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

- a) wie sich die Einführung des Mindestlohns auf die Finanzierung und Personalausstattung von Projekten und Programmen der Landeshauptstadt Wiesbaden auswirkt. Es wird um eine schriftliche Aufstellung der einzelnen Projekte inklusive betroffenem Amt sowie Art und Höhe der personellen und/oder finanziellen Auswirkungen gebeten.

- b) welche Hilfestellungen es für Vereine und Verbände in Sport, Kultur und Sozialem von wem gegeben werden können (z.B. seitens des Landessportbundes).

3. 15-F-03-0041

Nivellierungshebesätze und Einwohnerzahl

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. März 2015-

Der Ausschuss hatte sich in der Vergangenheit bereits mehrfach mit der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) befasst. Eine Thematik die bisher nicht vertieft in Bezug auf Wiesbaden dargestellt wurde, sind die Auswirkungen der sog. Nivelierungshebesätze bei dem kommunalen Steueraufkommen. Auch die Auswirkungen der dem KFA zugrundeliegende Einwohnerzahl wurde bisher nicht vertieft erläutert. Der Kommunale Finanzausgleich geht laut einer Präsentation der Kämmerei im Ausschuss vom 26. März 2014 von 278.919 EinwohnerInnen Wiesbadens aus.

Die Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Welche Änderungen in den Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich in Bezug auf das Referenzjahr 2014 würden sich ergeben, wenn Wiesbaden seine Steuersätze an das Niveau der Nivelierungssätze je Steuer anpasst, bitte getrennt je Grundsteuer A, B und Gewerbesteuer aufgeführt?
2. Welche Einwohnerzahl liegt dem kommunale Finanzausgleich für Wiesbaden derzeit und in Zukunft zu Grunde?
3. Welche pauschalen Zuweisungen sieht der KFA je EinwohnerIn für das Referenzjahr 2014 vor?

4. 15-F-33-0021

Rundfunkgebühren

-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 10.03.2015-

Im März 2014 hat der Magistrat berichtet, dass der Wiesbadener Haushalt durch die Einführung neuer Rundfunkbeiträge jährlich mit etwa 10.000 Euro zusätzlich belastet werden wird (14-F-33-0015).

Nun ist der Presse zu entnehmen, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bis zum Jahr 2016 mit Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden Euro rechnen können. Dies wären fast 380 Millionen Euro mehr also bislang prognostiziert. Die damit verbundene Absenkung der Rundfunkbeiträge falle - ebenfalls laut Zeitungsberichten - jedoch geringer aus als möglich.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- a) zu berichten welche Auswirkungen die Absenkung des Rundfunkbeitrages von monatlich 17,98 Euro auf 17,50 Euro auf den städtischen Haushalt hat;

- b) zu berichten wie groß die Entlastung des städtischen Haushaltes wäre, wenn der Rundfunkbeitrag - wie von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs empfohlen - um 73 Cent gesenkt worden wäre.

5. 14-F-33-0129

Vermögensmanagements nach ethischen und ökologischen Kriterien
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 03.12.2014-

ANLAGE: Beschluss Nr. 0038 vom 04.02.2015

Der Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 19.01.2015 ist nochmals beigefügt.

6. 14-F-33-0085

Sachstand Bedarfsanalyse nach dem StGH-Urteil
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 22.05.2014-

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 30.01.2015

7. Bericht des Stadtkämmerers zur aktuellen Haushaltssituation

8. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 15-V-12-0001

DL 08/15-4

Nutzung der Altliegenschaften des Amts- und Landgerichts Wiesbaden

2. 15-V-20-0001

DL 07/15-4

Investitionscontrolling 4. Quartal 2014

3. 15-V-20-0004

DL 06/15-5

Bericht über die Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden

4. 15-V-20-0003

DL 06/15-4

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2014 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

5. **15-V-20-0009** **DL NN**

NTB - beihilferechtliche Überprüfung

**Die Beratungsunterlagen werden nachgereicht.
Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 17.03.2015.**

6. **15-V-33-0001** **DL 10/15 -3**

Anerkennung von zusätzlichem Personalbedarf bei 3303 und damit verbunden erhöhte Personal- und Sachkosten

7. **14-V-51-0048** **DL 07/15-2**

Jugend stärken im Quartier - Bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit an den beruflichen Schulen - Mikroprojekte im Stadtteil Schelmengraben

8. **14-V-51-0063** **DL 07/15-3**

Neuer Leistungsvertrag für die Kindertageseinrichtungen des Internationalen Bundes e. V.

9. **15-V-51-0001** **DL 10/15-4, 08/15-5**

U3-Ausbauprogramm 48; Schaffung von 20 zusätzlichen Krippenplätzen in der Ev. Kindertagesstätte Paul-Gerhardt-Gemeinde, Sanierung und Erweiterung

10. **15-V-52-0004** **DL 10/15-5, 08/15-6**

Gebäudekomplex am Platz der deutschen Einheit - haushaltstechnischer Ausgleich der IM-Projekte

11. **14-V-66-0324** **DL 06/15-2**

Entwicklung der Instandhaltungsmittel 2014 des Dezernates IV für die Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Gehwege, Brückenbauwerke und Unterführungen)

12. **14-V-70-0010** **DL 06/15-3**

Grundsatzbeschluss zur Verbesserung der Stadtsauberkeit durch die Überarbeitung der Straßenreinigungssystematik

13. **15-V-80-8004** **DL 08/15-8**

Ausbildungspakt 5+3 für die Ausbildungsjahre 2015 und 2016

14. 15-V-80-8001 DL 07/15-5

Fortsetzung Projekt "Jobnavi - Was willst du werden?"

Nicht öffentliche Beratung:

15. 14-V-20-0081 DL 06/15-1 NÖ

Auszahlung Kassenkredit

16. 15-V-20-0005 DL 06/15-2 NÖ

Bürgschaft - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft

17. 15-V-20-0006 DL 06/15-3 NÖ

Bürgschaft - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft

18. 15-V-20-0007 DL 06/15-4 NÖ

Bürgschaft - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft

19. 15-V-20-0008 DL 06/15-5 NÖ

Zinsrisikomanagment

20. 15-V-20-0012 DL 08/15-1 NÖ

Kassenkreditsituation

21. 15-V-80-2301 DL 10/15-1 NÖ, 05/15-1 NÖ

Ausübung des Rücktritts oder Verlängerung der Rücktrittsfristen Grundstückskaufvertrag

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Belz
Vorsitzender